

1. Haushaltsforum der Stadt Mülheim

vom 1. März 2010 in der Realschule Stadtmitte

Dokumentation wesentlicher Ergebnisse



Inhalt

Einführung durch die Oberbürgermeisterin.....	3
Erläuterungen des Kämmersers	3
Einführung durch die Moderation	3
Einführung durch die Moderation	4
Stellungnahmen/Fragen aus dem Plenum	4
Markt der Möglichkeiten.....	6
Dezernat 1 - Repräsentation, Zentrale Verwaltungssteuerung, Wirtschaftsförderung (Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld) ...	6
Dezernat 2 - Finanzen, Beteiligungen, Immobilien, Zentrale Dienste (Stadtkämmerer Uwe Bonan)	8
Dezernat 3 - Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Personal und Organisation (Stadtdirektor Dr. Frank Steinfort)	10
Dezernat 4 - Schule, Jugend und Kultur (Dezernent Peter Vermeulen)	11
Dezernat 5 -Soziales, Arbeit, Gesundheit und Sport (Dezernent Ulrich Ernst)	14
Dezernat 6 - Umwelt, Planen und Bauen (Dezernentin Helga Sander).....	15
Auswertung im Plenum	17

Ziele

- Information über die Situation und Hintergründe der aktuellen Haushaltslage in Mülheim an der Ruhr
- Diskussion von Einspar- und Konsolidierungsmöglichkeiten
- Sondierung der Meinungslage der Bürger zu Sparpotenzialen für den politischen Entscheidungsprozess

Einführung durch die
Oberbürgermeisterin

Einführung durch die Oberbürgermeisterin

Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger zum ersten Mülheimer Haushaltsforum 2010.

Sie geht auf die Hintergründe der strukturbedingten Krise der Ruhrgebietsstädte ein. Obwohl Mülheim an der Ruhr schon seit Jahren Einsparmaßnahmen durchführt sowie Aufgaben und Personal reduziert, stehe die Stadt wie andere Ruhrgebietsstädte auch vor einem finanziellen Kollaps.

Zwar sei Mülheim an der Ruhr noch nicht wie andere Ruhrgebietsstädte überschuldet, trotzdem drohe im Nothaushalt eine faktische Entmündigung durch die Bezirksregierung. Um dies zu vermeiden, habe die Verwaltung über alle Dezernate und Ämter hinweg in einem Diskussionspapier für das Haushaltssicherungskonzept viele - sicher auch schmerzhaft - Maßnahmen für Einsparungen aufgezeigt.

Die Entscheidung darüber, welche dieser Vorschläge tatsächlich umgesetzt werden, liege bei der Politik. Durch die unklaren Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt erhielten die Haushaltsforen eine besondere Bedeutung für den politischen Meinungsbildungsprozess. Bevor die Politik entscheidet, haben die Bürgerinnen und Bürger in den Haushaltsforen vor Ort und im Internet die Möglichkeit, ihre Ansichten zu den Vorschlägen und weitere Ideen einzubringen. Alle Meinungen, Ideen und Fragen werden dokumentiert und gehen direkt in den Beratungs- und Entscheidungsprozess der Politik ein.

Erläuterungen des Kämmerers

Stadtkämmerer Uwe Bonan stellt den Status Quo und die Perspektiven des kommunalen Haushalts in Mülheim vor und geht dabei genauer auf die Zahlen und Sparmaßnahmen ein:

- Für einen Haushaltsausgleich im Jahr 2013 seien mindestens 52 Mio. € erforderlich.
- Die Vorschläge der Verwaltung umfassen insgesamt 197 Maßnahmen, die ein Einsparvolumen von rund 61 Mio. € ergeben würden.

Uwe Bonan nennt Hintergründe für die finanzielle Lage der Stadt Mülheim und stellt verschiedene Maßnahmenbeispiele für Sparmöglichkeiten dar.

Die vollständige Begrüßung der Oberbürgermeisterin sowie die Präsentation des Kämmerers finden sie unter:

<http://haushaltsforum.muelheim-ruhr.de>

An gleicher Stelle finden sie die Fotos der Moderationskarten, deren Original-Abschriften diese Dokumentation enthält.

Einführung durch die Moderation

Moderator Marcus Bloser erläutert den Ablauf der Haushaltsforen. Nach der thematischen Einführung haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeiten an sechs Diskussionsständen - jeweils pro Dezernat ein Stand - Rückmeldungen zu den Vorschlägen der Verwaltung aus dem Diskussionspapier zum Haushaltssicherungskonzept zu geben. Die Beigeordneten und weitere Mitarbeiter aus den Dezernaten sowie ein Moderator stehen an den Ständen für Rückfragen und persönliche Gespräche zur Verfügung. Alle Antworten der Bürgerinnen und Bürger zu den drei Fragen:

- Wo darf nicht gespart werden?
- Wo sollte gespart werden?
- Wo sollten höhere Einnahmen erzielt werden?

werden auf Moderationskarten für die Dokumentation festgehalten.

Zum Abschluss des Haushaltsforums werden Vertreter der einzelnen Dezernate im Gespräch mit den Moderatoren die wesentlichen Diskussionslinien, Schwerpunkte und Kontroversen aus ihrem Bereich im Plenum vorstellen und kommentieren. Die Oberbürgermeisterin wird an allen Ständen präsent sein. Für das Dezernat 1 übernimmt Frank Mendack, Referent der Oberbürgermeisterin, die Vertretung. Das Dezernat 3/Stadtdirektor Dr. Steinfort wird ebenfalls durch Herrn Mendack vertreten.

Stellungnahmen/Fragen aus dem Plenum

Einige Teilnehmer regen an, vor der Diskussion an den Marktständen zunächst im Plenum die Möglichkeit für Rückfragen und Stellungnahmen zu bekommen. Daraufhin wird für eine Diskussion im Plenum 30 Minuten Zeit eingeplant. Zunächst werden die Beiträge der Bürgerinnen und Bürger gesammelt, anschließend beziehen die Oberbürgermeisterin und der Kämmerer dazu Stellung.

Es gibt u.a. folgende Äußerungen:

- „Es darf nicht am Liniennetz der MVG gespart werden. Mülheim hat viele ältere Menschen, die damit ausgegrenzt werden. Dagegen hätte an den Baumkübeln in der Schloßstraße gespart werden können. Durch die Kübel kostet die Reinigung der Straße 4.000 € mehr im Monat.“
- „Nach dem Krieg ist Eigeninitiative Trumpf gewesen. Mittlerweile ist die Perspektive vieler Menschen: Ich fordere, ich fordere, ich fordere. Alle sollten sich zurückbesinnen und die Ehrenamtstätigkeit wieder steigern.“

- „Die vorgesehene Sparsumme beträgt rund 60 Mio. € bis Ende 2013. Bedeutet dies, dass pro Jahr 15 Mio. € einzusparen sind?“

Dazu Uwe Bonan: „Die Stadt Mülheim müsse strukturell rund 52 Mio. € sparen. Dies beginne 2010 und werden dann jedes Jahr größer.“

- „Wie kann die Stadt sich in schwierigen Haushaltszeiten noch ein Großprojekt wie Ruhrbania leisten?“

Dazu Helga Sander: „Die Investitionskosten bei den Bauprojekten betragen nicht - wie häufig behauptet - Milliarden. Die Ruhrpromenade koste 20 Mio. €, davon übernehme das Land NRW 7,1 Mio. € und weitere 10 Mio. € erlöse die Stadt durch Grundstücksveräußerungen. Das heiße, Mülheim investiert dort 3 Mio. € in einem Zeitraum von 10 Jahren. Auch bei den weiteren Bauvorhaben trägt Mülheim nur einen Teil der Kosten selber.“

- „Wie will die Stadt Kredite zurückzahlen, die theoretisch und praktisch nicht zu bezahlen seien? Gibt es Anlass zur Sorge, dass die Banken, wenn die Stadt die Zinsen nicht mehr zahlen kann, der Stadt dafür Eigentum wegnimmt?“

Dazu Uwe Bonan: „Trotz der Finanzsituation erfüllen wir unsere Kreditverträge. Damit der dramatische Anstieg der Kassenkredite zumindest gebremst werden kann, stellen wir ein Haushaltssicherungskonzept auf. Eine „Enteignung“ kann gesetzlich nicht stattfinden.“

- „Warum wurde das Medienhauses verkauft, jetzt müssen dafür hohe Mieten gezahlt werden?“

Dazu Uwe Bonan: „Das Grundstück des Medienhauses wurde nicht verkauft, es gibt dort eine Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP/PPP). Die Stadt Mülheim an der Ruhr ist weiterhin Eigentümerin.“

Markt der Möglichkeiten

Dezernat 1 - Repräsentation, Zentrale Verwaltungssteuerung, Wirtschaftsförderung

Wo darf nicht gespart werden?

- Städtepartnerschaften
 - Zuschüsse für Schulen, Vereine und Verbände zur Förderung städtepartnerschaftlicher Beziehungen
- Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements
- Einrichtung von Bürgerforen in Vororten, um überparteilich Vorschläge erarbeiten zu können
- Dem Fest der Kulturen
- Umfang der Einsparungen abhängig von Soli-Steuern und militärischen Einsätzen machen

Wo sollte gespart werden?

- Gleichstellungsbeauftragte
 - Gleichstellungsstelle noch nötig? Sollte irgendwann vorbei sein
 - Abschaffung, da Agendabüro = Gleichstellungsbeauftragter
- „regionales“ Sparen
- Geldgaben bei Jubiläen, Ehrengaben (Geste zählt: Blumenstrauß statt „Riesenschale“)
- Weniger Stadtfeste mit öffentlichen Mitteln ausrichten
- Höchstlohn für alle in der Verwaltung für die nächsten 5-10 Jahre bzw. Verzicht vereinbaren (durch Bürgermeister)
- Bei der Politik:
 - Bewirtungsaufwand
 - Reisekosten von Mandatsträgern
 - Reduzierung der Stimmbezüge
 - Reduzierung der Mitgliederzahl in den Ratsausschüssen
- Einsparung einer Dezernentenstelle
- Städtepartnerschaften, Aufgabe der Geschäftsstelle
- Kommunikationscenter -> sparen ist nur okay, wenn Fragen gut beantwortet werden

Markt der Möglichkeiten

- Übertragung von Aufgaben der Verwaltung an „Ehrenamtliche“. Einrichtung einer Mülheimer Internetplattform: Ehrenamtliche gesucht für...

Wo sollten höhere Einnahmen erzielt werden?

- Einführung einer Art „Kurtaxe“ für Übernachtungen

Dezernat 2 - Finanzen, Beteiligungen, Immobilien, Zentrale Dienste

Wo darf nicht gespart werden?

- Taktung der Ruhrschifffahrt
- Liniennetz der NVZ nicht weiter ausdünnen
- Liniennetz der MVG, Taktung der Linien
- Keine Erhöhung der Grundsteuern - Rentner sind keine Großverdiener
- Kein Sparen durch Erhöhen der Einnahmen beim kleinen Bürger
- Höhere Gewerbesteuer bedeutet: noch mehr Firmen etc. wandern ab!

Wo sollte gespart werden?

- Die Moderation einsparen. Gibt es keine Fachkräfte bei Stadt?
- Aufgabe repräsentativer Veranstaltungen
- Keine Spaßveranstaltungen durch die MST
- MST und M&B aufgeben
- Prüfung der zweiten Geschäftsführerstelle aller GmbH-Beteiligungen (3 Nennungen)
- ÖPNV-Streckennetz Untersuchung: Tausch Bahn gegen Buslinie, wenn der Busbetrieb rentabler
- Privatisierung der Ruhrschifffahrt oder kostendeckende Preise einführen
- An Dienstfahrzeugen. Abschaffung des Dienstwagenprivilegs (Ersatz für dienstlich veranlasste Fahrten mit Privat-PKW)
Ausgenommen: Oberbürgermeisterin
- An der personellen Überbordung des Fuhrparks MEDL
- Energie-Einsparungen bei öffentlichen Gebäuden
- Energiekosten: ab und an „warme Pullover Aktionen“
- Außenbeleuchtung der Stadthalle nach 24 Uhr abschalten
- Reinigung der Schlosstraße (kostet durch die Baumkübel-4000 € im Jahr)
- Externe Gutachten einsparen (3 Nennungen)
- Aus eigener schlechter Erfahrung: funktionierende Zusammenarbeit von Amt 20 und 24

Wo sollten höhere Einnahmen erzielt werden?

- „Konto überziehen“ ist teuer! Stattdessen: längerfristige Bürgeranleihen zu 2% anbieten („Für Mülheim“)
- Hundesteuer erhöhen (*5 Nennungen*)
- Maßnahmen zur Erhöhung der Ansiedlung von Gewerbe -> steigende Erträge
- Geringe Erhöhung der Grundsteuer B
- Flughafen massiv ausbauen -> Steuereinnahmen
- Flughafenanteile verkaufen
- Verkauf der RWE-Aktien bei einem bestimmten Preis

Dezernat 3 - Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Personal und Organisation

Wo darf nicht gespart werden?

- Einstellung des Citydienstes
- Bei Lebensmittelkontrollen sollte nicht gespart werden
- Weiterhin öffentliche Unterstützung des Tierheims - keine Privatisierung (6 Nennungen)

Wo sollte gespart werden?

- Zusammenlegung der Feuerwehren mit Nachbarstädten (größere Einheiten, z.B. mit DU, OB oder OB, E = MEO)
- Projekt- und Strategieteam, Outplacement wenn nötig

Wo sollten höhere Einnahmen erzielt werden?

- Erhöhung der Einnahmen durch stationäre Geschwindigkeitsüberwachung
- Ausweitung von Ordnungsdienst und Verkehrsüberwachung in den Stadtteilen
- Intensivere Bearbeitung bewirtschafteter Parkplätze in der Stadtmitte
- Ambivalent: Wettbewerb Einkauf „grüne Wiese“

Bußgelder für „Verschmutzungen“ (10 Nennungen)

- Fußstreifen wie bei Falschparkern
- Bei Stadt- und Landschaftsvermüllung
- Umweltsünder „schärfer“ verfolgen
- Für Bürger (Hausbesitzer), die nicht im Winter Räumdienstpflichten erfüllen

Dezernat 4 - Schule, Jugend und Kultur

Wo darf nicht gespart werden?

- VHS (4 Nennungen)
- Medienzentrum
- Jugendheime, Jugendherberge
- Stadtteilbücherei
- an der Musikschule
 - Aber nur bei einer drastischen Erhöhung der Elternbeiträge unter Berücksichtigung einer sozialen Staffelung
- Spielmobil
- Zukunftsschule
- Schulen
- OGS: Reduzierung der Pauschalen für Kooperationspartner (101) benachteiligt Sport(-vereine) doppelt
- Kindergärten
- Eltern werden durch verschiedene Maßnahmen getroffen (Grunderwerbssteuer, Elternbeiträge etc.). Das ist nicht familienfreundlich!
- Mülheim = Stadt für Familien? Kindergärten und Schulen bedeuten Mülheims Zukunft
- Überhaupt keine Einsparungen bei der Kinder- und Jugendarbeit. Die vorgeschlagenen Einsparungen sind Nichtigkeiten, haben aber eine dramatische Wirkung. Kein Tag ohne Meldungen, Berichte und Stellungnahmen über Jugendfaschismus, Zunahme der Jugendkriminalität, Alkoholismus und Bildungsmangel - Notstand, aber da soll gespart werden. Alles ziemlich unglaubwürdig und nichts als Lippenbekenntnisse

Kunstmuseum (über 10 Nennungen)

- Die Kunstschatze gehören allen Bürgern
- Museum kürzlich aufwendig erneuert
- Kunstmuseum attraktiv erhalten
- Bill Gates bitte fragen, ob er unser Museum kauft
- Museum belassen (bei MST einsparen)
- Das Tersteegen Haus sollte als Heimatmuseum erhalten bleiben
- Mülheimer Kulturschaffende von Kürzungen ausnehmen

- Mülheimer Künstler und Künstlerinnen mehr in die Gestaltung einbinden
- Nicht sparen bei den Symphonie- und Kammerkonzerten
 - aber nur, wenn die Eintritte so hoch sind wie in den Nachbarstätten
- Zupforchester muss weiter gefördert werden
- Zuwendungen zur Erhaltung von Schloss Broich

Kultur...

- ...ist das Fundament der Gesellschaft. Keine Kürzung!
- ...ist Leben! Kultur ist eine Sprache! Kultur bildet!
- „Bildungsfernen Schichten“ Bildung und Kultur anbieten
- Zugang zu Kultur für Kinder und Jugendliche gewähren
- Der Etat des Kulturbüros mit 100.000 € ist ohnehin sehr schmalspurig
- Lieber Mario Barth als Bach?
- Kunst und Kultur = Mülheimer Museum und Mülheimer Künstler sind wichtig für die Vergangenheit und Zukunft
- Stadt sollte sich planvoller verhalten, beispielsweise nicht in Museum/VHS/Schulgebäude investieren und danach schließen
- Um die Stadt zukunftsfähig zu machen, sollten wir sie attraktiv machen: Ruhrbania +
- Marktstandgebühren lassen
- Ehrenamtliches Engagement darf nicht durch den Rückzug der Stadt karikiert werden (z.B. Bereiche Sport, Kultur, Bildung)

Wo sollte gespart werden?

- Bibliotheken sanieren statt neu bauen
- Weniger Schilder, weniger Ampeln, statt weniger Kultur
- MST kann eingespart werden
 - Keine eingekaufte Kultur durch die MST. Mülheimer Künstler können das besser und günstiger
- Das Dezernat IV, denn ohne Kultur brauchen wir kein Dezernat IV
- Museum schließen, Kunst verkaufen! (2 Nennungen)
- Museum „Alte Post“ aufgeben: 1 Mio. Zuschuss pro Jahr, bei 10.000 Besucher = 100 € Subvention Zuschuss/Besucher pro Jahr

- Medienzentrum: Strom und Heizung und Personal
- Fachhochschule: Zusammenarbeit in Region
- Theateretat kürzen, keine Unterstützung elitärer Theater durch die Allgemeinheit
- Zusammenlegung der Hauptschulen, Schließung der Gymnasien mit geringen Anmeldungen

Wo sollten höhere Einnahmen erzielt werden?

- Eintrittspreise (Theater) erhöhen
- Theatersubventionen streichen
- Eintritt Museum könnte moderat erhöht werden
- Einsparungen beim Museum durch thematische Ausstellungen (Mülheimer Künstler)
- Museumsstiftung
- Verschwundene Kunstwerke aufspüren z.B. drei Plastiken von K. Könitz und diese an die Künstlerinnen zum weiteren Verkauf anbieten
- Längere Öffnung des Museums (durch Ehrenamtliche) würde mehr Eintrittsgeld bringen
- Sponsoren und Patenschaften finden, um Teilhabe an Kultur- und Bildungsveranstaltungen für alle zu ermöglichen
- Großunternehmen als Kultursponsoren gewinnen
- Medienhaus: Wesentliche Erhöhung der Jahresgebühr und auch Gebühr für Kinder
- Kooperation mit der Fachhochschule Mülheim zum Thema Auslandssemester mit den Partnerstädten (Einnahmen von EU-Fördergeldern)

Dezernat 5 -Soziales, Arbeit, Gesundheit und Sport

Wo darf nicht gespart werden?

- Keine Schließung des Friedrich-Wennmann-Bades (9 Nennungen)
- Schwimmbäder (6 Nennungen)
- Sporthallen (4 Nennungen)
- Erhalt von mindestens 1 Freibad
- Wegfall Hausaufsicht beim Schulschwimmen (Punkt 144)
- Keine Kürzung der Zuschüsse an Sportvereine, insbesondere bei Kinder- und Jugendförderung
- Kein Kahlschlag bei Sportvereinen:
-> Häufen von Mehrfachbelastungen vermeiden
- Drogenmedizinische Ambulanz
- Bei behinderten und psychisch kranken Menschen
- Schuldnerberatung
- Museum und Sportstätten eventuell umorganisieren, nicht schließen

Wo sollte gespart werden?

- EIN Bad!
- Prüfung der Privatisierung des Naturbades (4 Nennungen)
- Schließung des Naturbades
- Sportvereine
 - am OGS mitwirken, dafür Betreuungsstunden reduzieren
 - bei Sportstätten mehr in Betriebsverantwortung nehmen

Wo sollten höhere Einnahmen erzielt werden?

- Mehr Eigeninitiative ermöglichen und fachlich begleiten
- Vereine übernehmen Betrieb eines Bades
- (Moderate) Erhöhung des Bädereintritts (5 Nennungen)

Dezernat 6 - Umwelt, Planen und Bauen

Wo darf nicht gespart werden?

- Das Agenda-Büro darf nicht geschlossen werden. Die Lokale Agenda hat in den vergangenen 10 Jahren Geld eingespart, z.B. beim Energiesparen im Rathaus, und Energien freigesetzt durch das engagierte Einbringen von Bürgerinnen und Bürgern in den unterschiedlichen Foren, z.B. Eine Welt, Friedensbewegung, Energie und Umwelt etc.
- Agenda-Prozess ist Vorzeigeprojekt, ist Dreh- und Angelpunkt vieler Projekte
- Einsparungen bei den Zierbrunnen
- Stadtgrün: Nachhaltige Entwicklung fördern, Ersatz von gefälltten Bäumen -> langfristig wegen Grün und Klima
- Parkgebühren nicht hoch setzen und keine neuen gebührenpflichtigen Parkplätze einrichten
- An der Verwirklichung der Ruhrpromenade
- Friedhofskultur muss erhalten bleiben. Keine Erhöhung!

Wo sollte gespart werden?

- „Hafenbecken“ zuschütten!
- Ampelanlagen an Nebenkreuzungen abbauen
- Einsparungen bei LSA (Lichtsignalanlagen)
- Völlig überzogenen Streudienst auf Hauptfriedhof verringern
- Einsparungen beim Straßenausbau
- Straßensanierung mit niedrigerem Standard
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit, z.B. MEDL etc. reißt Straße auf -> oft sinnvoll ganze Decke zu erneuern
- Weiterbau Ruhrbania stoppen (6 Nennungen)
- Bei der jetzigen Finanzsituation darf man nicht Millionen für den Rückbau des „Over-Flys“ an der Konrad-Adenauer-Brücke ausgeben. Die jetzige Verkehrssituation ist doch Okay, eine Änderung ist „Luxus“ (3 Nennungen)
- Die Kreuzung Cityring und Friedrich-Ebert-Straße soll nicht umgebaut werden
- Kontrolle der „fremdvergebenen“ Aufträge (Baustellen, Grünpflege): oft Mängel nach Abschluss der Maßnahmen

- Öffentliche Gebäude sanieren und modernisieren, anstatt andere abzureißen und neu zu errichten (z.B. Bibliotheken)
- Ausdünnen der Fahrfrequenz, z.B. Straßenbahn muss nicht Sonntags viertelstündlich fahren
- Reinigung der Bürgersteige in Eigeninitiativen
- Kooperation mit anderen Städten auf allen Gebieten

Wo sollten höhere Einnahmen erzielt werden?

- Fahrradfahren sicherer machen, Radwege einheitlicher gestalten, dann würden mehr Menschen aufs Fahrrad umsteigen und die Kosten für Straßenbau würden eingespart und es gäbe nicht so viele Straßenschäden (LKW und PKW Verkehr)
- Winterdienst vollständig auf alle Anlieger verteilen, z.B. durch Umlage gemäß Restmülltonne oder Grundsteuer
- Einführung von Anwohnerparkplätzen
- Prüfauftrag an MVG: mehr Kontrollen (Fahrausweise)
- Alle öffentlichen Parkflächen mit (geringen) Gebühren belegen!
- Drastische Erhöhung der Parkgebühren! Der so genannte „kleine Mann“ kommt mit der Bahn in die Stadt und das kostet pro Kind 2 €
- Einfahrt für Schwerlastverkehr mit Maut belegen

Auswertung im Plenum

Zum Abschluss gehen die Vertreter der jeweiligen Dezernate im Gespräch mit den Moderatoren der Marktstände auf die Schwerpunkte der Diskussion und die wesentlichen Anregungen ein.

Dezernat 1 - Repräsentation, Zentrale Verwaltungssteuerung, Wirtschaftsförderung (Frank Mendack)

Die Stimmung bei den Diskussionen am Marktstand sei sehr sachlich gewesen. Es habe viele vertiefende Gespräche in der Sache gegeben.

Ein wichtiger Themenbereich sei die interkommunale Zusammenarbeit gewesen. Die Bürger schlugen vor, diese zu verstärken, zum Beispiel im Bereich der Verkehrsbetriebe oder im Bereich Kultur.

Der Vorschlag der Verwaltung, im Bereich der Ehrengaben (z.B.: Geldgeschenke an Jubilare) zu sparen, sei bei vielen Bürgerinnen und Bürger auf Verständnis gestoßen.

Bezüglich der Sparvorschläge zum KommunikationsCenter habe bei Vielen die Sorge bestanden, dass dann die Qualität der Arbeit abnimmt. Die Stadt Mülheim möchte einen Qualitätsverlust vermeiden und nutze u. a. die Zusammenarbeit mit anderen Städten, um auch beim KommunikationsCenter Synergieeffekte zu erzielen.

Dezernat 2 - Finanzen, Beteiligungen, Immobilien, Zentrale Dienste (Uwe Bonan)

Die Diskussion am Marktstand sei sachorientiert und konstruktiv gewesen. Der Wunsch, die Grundsteuer nicht zu erhöhen, sei verständlich. Der Vorschlag „Erhöhung der Hundesteuer“ sei mehrfach genannt worden.

Ein interessanter Vorschlag sei die „Bürgeranleihe“ - 2 % auf langfristige Kredite an die Stadt. Dies sei eine gute Sache für die Stadt.

Überrascht habe der Vorschlag, die Ruhrschiffahrt zu privatisieren bzw. kostendeckende Preise einzuführen.

Einige Kritik habe es zu den Punkten MST und M&B gegeben. Diese Themen spielten momentan auch in der politischen Diskussion eine Rolle.

Insgesamt habe es aber im Bereich des Dezernats 2 relativ wenig Kritik an Sparvorschlägen gegeben, möglicherweise weil es in den letzten Jahren schon viele Sparmaßnahmen in den Bereichen Beteiligungen, Immobilien und Zentrale Dienste gegeben habe.

Dezernat 3 - Recht, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Personal und Organisation (Frank Mendack)

Es habe viele Vorschläge zur Erzielung von mehr Einnahmen mittels der Erhöhung, Einführung und Durchsetzung von Bußgeldern gegeben. Für Mehreinnahmen in den Bereichen öffentliche Sicherheit und Ordnung hätten viele Bürger Verständnis. Vorschläge seien unter anderem die erhöhte Überwachung in der Innenstadt, das Mehrverdienen über „Knöllchen“ und Bußgelder bei Verstößen gegen die Anleinplicht bei Hunden oder „Wegschnippen“ von Zigarettenkippen auf die Straße gewesen. Das Thema Sicherheit und Ordnung bewege die Bürgerinnen und Bürger auch unabhängig von den finanziellen Aspekten.

Gleichzeitig habe es auch einschränkende Kommentare gegeben: „Bedeutet mehr Blitzanlagen wirklich eine Steigerung der Sicherheit?“. Dies hänge immer von der Positionierung der Geschwindigkeitskontrollen ab. So steigerten sie z.B. vor Schulen und an Unfallschwerpunkten tatsächlich die Sicherheit.

Der Verwaltungsvorschlag, das Tierheim zu privatisieren, sei bei den Teilnehmern auf große Ablehnung gestoßen. Hier werde der Stellenwert deutlich, den das Tierheim für viele Bürger habe. So nutzten zum Beispiel viele ältere, alleinstehende Senioren die Möglichkeit, zwei bis drei mal die Woche mit Tieren aus dem Heim spazieren zu gehen. Es stelle sich hier die Frage, wie das Tierheim sich finanziell anders organisieren lasse, ohne es sofort aufzugeben müssen.

Dezernat 4 - Schule, Jugend und Kultur (Peter Vermeulen)

Am Marktstand zu Dezernat 4 hingen insgesamt die meisten Karten. Es habe sich viel Unverständnis über die starken Einsparvorschläge in den Bereichen Schule, Jugend und Kultur gezeigt, weil damit die Lebensqualität in Mülheim absinken würde und Mülheim sich mit Einsparungen bei Schulen und Kinder-/Jugendeinrichtungen wenig familienfreundlich präsentieren würde.

Ein weiterer möglicher Grund für die vielen Anmerkungen: Im Bereich der Kultur seien verhältnismäßig viele Einsparvorschläge gemacht worden, da Leistungen im Kulturbereich freiwillig und somit im Vergleich zu den Pflichtaufgaben einer Kommune einsparbar seien. Und wenn im Kulturbereich gespart werde, dann könnten die Einsparungen nicht prozentual über alle kulturellen Einrichtungen hinweg gleich verteilt werden. Das würde alle Einrichtungen gefährden.

Besonders kontrovers sei die Diskussion zum Kunstmuseum verlaufen. Das Museum werde nicht von allen Mülheimer Bürgerinnen und Bürgern gleich angenommen. „Da gibt es sicher Leute, die sagen, sie können mit dem Museum nichts anfangen, wozu es also erhalten?“ Andererseits gibt Peter Vermeulen zu Bedenken, dass es auch Leute gebe, die das Schwimmbad nicht nutzten und es auch mitbezahlten. Und auch in der Diskussion in der Verwaltung hätte es starke Pro- und Contra-Argumente für das Museum gegeben. Einerseits könne man im großstädtischen Raum ohne Kunstmuseum in einer gewissen Liga nicht mehr mitspielen. Andererseits biete sich im kulturellen Bereich eine Profilierung, sprich die

Konzentration auf einen kulturellen Schwerpunkt, durchaus an. Dies könnte für Mülheim bedeuten: Wir überlassen die bildende Kunst Essen bzw. Düsseldorf und konzentrieren uns auf unsere Stärke: das innovative Theater, Mülheim als Theaterstadt.

Dezernat 5 -Soziales, Arbeit, Gesundheit und Sport (Ulrich Ernst)

Das wichtigste Thema sei das Friedrich-Wennmann-Bad gewesen. Das Votum, das Bad nicht zu schließen sei „überwältigend“. Der hohe Stellenwert des Themas sei nicht überraschend, da die mögliche Schließung in der Presse eine große Rolle gespielt habe. Überraschend sei gewesen, dass es auch den Vorschlag gab, den Betrieb in Kooperation, zum Beispiel mit den Sportvereinen, weiterzuführen.

Im Vergleich zu dem dominierenden Sportthema habe es im Bereich des Sozialen kaum Anmerkungen gegeben. In diesem Bereich wurden vor allem die Wünsche geäußert, nicht an der drogenmedizinischen Ambulanz und der Schuldnerberatung zu sparen.

Dezernat 6 - Umwelt, Planen und Bauen (Helga Sander)

Die Gespräche am Marktstand hätten deutlich gemacht, dass bei den Baumaßnahmen noch eine Menge Informationsbedarf bestehe. Es seien sehr viele Fragen gestellt worden, vor allem zu den Kosten der Baumaßnahmen.

Bei der Frage, an welchen Stellen nicht gespart werden soll, sei besonders häufig das Agendabüro genannt worden. Die Bürger hätten gut begründen können, wieso sie den Vorschlag der Verwaltung am Agendabüro zu sparen, ablehnten.

Über den Straßenbau und ÖPNV hätten die Bürgerinnen und Bürger sehr kontrovers diskutiert. Einerseits wurde der Wunsch geäußert, auf keinen Fall im öffentlichen Nahverkehr zu sparen, andererseits gab es den Vorschlag, das Straßenbahnnetz auszudünnen. Einerseits gab es die Anregung, im Bereich der Straßensanierung zu sparen, andererseits gab es den Wunsch nach besserer Reparatur von Schlaglöchern. Hier spiegelte sich das Nutzungsverhalten - fahre ich Auto oder Bus und Bahn - in den Vorschlägen wieder. Überraschend sei der Vorschlag gewesen, die Bürger zum Beispiel im Winterdienst mehr in die Pflicht zu nehmen.

Im Umweltbereich gebe es kaum Sparmaßnahmen der Verwaltung und daher auch kaum Bürgermeldungen. Hintergrund sei, dass hier Aufgaben vielfach Pflichtaufgaben seien. Wenn man allerdings berücksichtige, dass das Agendabüro auch im Bereich Umwelt aktiv ist, zeigten sich auch in diesem Feld Proteste der Bürger gegen Einsparungen.

Abschließende Stimmen aus dem Plenum

- Die Mülheimer Sportvereine sind durch die Vorschläge der Verwaltung beunruhigt. Sie seien an einigen Stellen doppelt betroffen: Einerseits sollen die Gebühren für die städtische Sportanlagen erhöht werden, andererseits fallen Zuschüsse weg. Auch im OGS-Bereich seien Vereine doppelt betroffen: Durch die OGS nehme die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen rein zeitlich ab und mit den Sparvorschlägen seien sie als Förderpartner im OGS auch noch durch die reduzierte Förderungen betroffen.
- Eine Bürgerin wünscht sich, dass das bürgerschaftliche Engagement in Mülheim auch nach den Haushaltsforen weiter genutzt werde, damit das Geld zum Nutzen der ganzen Stadt eingesetzt werden können. Sie wünscht sich, dass die Stadt zusammen mit den engagierten Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin Visionen und die Realitäten zusammenbringe.
- Eine Teilnehmerin gibt zu Bedenken, dass eine Erhöhung der Hundesteuer dazu führen könne, dass noch mehr Hunde ausgesetzt werden.
- Zu einem Standort, der auch von Industrie bevorzugt werden soll, wie es in der Vision für Mülheim steht, gehöre auch ein kulturelles Angebot. Dazu gehöre neben einem Theater auch ein Kunstmuseum: „Ich plädiere dafür, weniger bei der Kultur zu kürzen.“

Dazu Peter Vermeulen: Um das Museum auf Basis eines Bürgersponsorings zu erhalten, müsse jeder Bürger 10 Euro geben. Die Summe sei so groß, da gerade kein Geldgeber zu finden sei. Zum Erhalt des Museums bedürfte es einer sehr großen Mobilisierung.

- Andere erwidern, dass Kultur zwar wichtig sei, aber es noch wichtiger sei, dass Mülheim für junge Familien attraktiv und bezahlbar sei. So enthalte das Diskussionspapier zum Haushaltssicherungskonzept leider viele Vorschläge, die auf Familien durchschlagen würden.
- Wieso wurde der Gestaltungsbeirat neugewählt und nicht auf Kompetenz in Stadt zurückgegriffen?

Dazu Helga Sander: Den Gestaltungsbeirat sei vor 6 Jahren auf Wunsch der Mülheimer Architektenschaft und der Politik eingerichtet worden, um bei Bauvorhaben eine neutrale Expertise hinzuziehen zu können. Er koste 7.000 EURO im Jahr, was für den hochwertigen Sachverstand des Beirats sehr günstig sei. Die Qualität seiner Arbeit sei so gut, dass die Stadt seine Arbeit bis 2013 verlängert habe.

Schlussworte Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld

Die rege Diskussion und gute Qualität der Gespräche an den Marktständen habe Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld von den Mülheimer Bürgerinnen und Bürgern erwartet.

In den Bereichen der freiwilligen Leistungen, zum Beispiel bei der Kultur, sei oft die Frage angeklungen, wie viel sich Mülheim leisten wolle, um dann in welcher „Liga“ mitzuspielen. Und im Bereich der Stadtplanung habe sich an verschiedenen Stellen gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger noch Informationsbedarf haben.

Ein Ergebnis für sie sei die Erkenntnis, dass die Bürgerinnen und Bürger auch bereit seien, für Leistungen der Stadt zu zahlen und zum Beispiel von sich aus moderate Erhöhungen von Eintrittspreisen und Gebühren vorzuschlagen.

Eine zweite Erfahrung aus der Veranstaltung sei, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, am Umbau der Stadt und an der Konsolidierung des Haushalts mitzuwirken. „Wenn man den Menschen Raum gibt, kommt man schnell darauf, dass sie Mülheim sehr lieben und sich dafür engagieren.“

Protokoll: IKU GmbH